

Christian Gerlach
Extrem gewalttätige Gesellschaften

CHRISTIAN GERLACH

Extrem gewalttätige Gesellschaften

Massengewalt im 20. Jahrhundert

Aus dem Amerikanischen von
Kurt Baudisch

Deutsche Verlags-Anstalt

Die Originalausgabe erschien 2010 unter dem Titel
Extremely Violent Societies: Mass Violence in the Twentieth-Century World
bei Cambridge University Press.



Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier EOS
liefert Salzer, St. Pölten.

1. Auflage

Copyright © 2010 Christian Gerlach

Copyright © 2011 der deutschsprachigen Ausgabe

Deutsche Verlags-Anstalt, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Jan Schleusener, Berlin

Typografie und Satz: Brigitte Müller/DVA

Gesetzt aus der Minion

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04321-4

www.dva.de

Inhalt

| | | |
|---|--|---|
| 1 | Einleitung: Extrem gewalttätige Gesellschaften | 7 |
|---|--|---|

Teil I

Partizipatorische Gewalt

| | | |
|---|---|-----|
| 2 | Eine Koalition für Gewalt: Massenmord in Indonesien 1965/66 | 27 |
| 3 | Teilnehmen und profitieren: Die Vernichtung der Armenier 1915–1923 | 124 |

Teil II

Die Krise der Gesellschaft

| | | |
|---|--|-----|
| 4 | Von Rivalitäten zwischen Eliten zu einer Krise der ganzen Gesellschaft: Massenmord und Hungersnot in Bangladesch (Ostpakistan) 1971–1977 | 165 |
| 5 | Nachhaltige Gewalt: Strategische Umsiedlungen, Milizen und ›Entwicklung‹ in der Guerrillabekämpfung | 238 |
| 6 | Was verbindet das Schicksal verschiedener Opfergruppen miteinander? Die deutsche Besatzung und die griechische Gesellschaft in der Krise | 315 |

Teil III

Allgemeine Bemerkungen

| | | |
|---|---|-----|
| 7 | Die Ethnisierung der Geschichte: Die Geschichtsschreibung über die Massengewalt und die Konstruktion nationaler Identitäten | 341 |
| 8 | Schlussfolgerungen | 355 |
| | Dank | 389 |
| | Abkürzungen | 393 |
| | Anmerkungen | 396 |
| | Auswahlbibliografie. | 544 |
| | Register | 559 |

1

Einleitung

Extrem gewalttätige Gesellschaften

Dieses Buch stellt einen neuen Ansatz für die Erklärung von Massengewalt vor. Es versucht zu ergründen, was in Gesellschaften vor, während und nach Perioden großen Blutvergießens geschieht, und unternimmt den Versuch, die sozialen Wurzeln der Menschenvernichtung zu finden. Die Studie skizziert und begründet den neuen Ansatz, testet sein Potenzial in mehreren Fallstudien und zieht allgemeine Schlussfolgerungen im Hinblick auf Prozesse, die typisch in Gesellschaften sind, die ich ›extrem gewalttätige Gesellschaften‹ nenne.

Gewalt gehört zum menschlichen Leben. Manche sind so glücklich, sie nie persönlich zu erfahren. Aber keine Gesellschaft ist frei von Gewalt, von Mord, Vergewaltigung oder Raub. Dieses Buch dagegen behandelt besondere Prozesse, die zu einem ungewöhnlich hohen Maß an Gewalt und Brutalität führen, weshalb ich von ›extrem gewalttätigen Gesellschaften‹ spreche.

›Massengewalt‹ bedeutet die weit verbreitete Anwendung physischer Gewalt gegen Nichtkombattanten, d. h. Gewalt außerhalb der unmittelbaren Kampfhandlungen zwischen Militär oder Paramilitärs.¹ Massengewalt schließt Morde ein, aber auch Zwangsaussiedlungen oder Vertreibungen, organisierten Hunger oder mutwillig verursachte Unterversorgung, Zwangsarbeit, Massenvergewaltigungen, Flächenbombardierungen und exzessive Internierungen – denn viele Fäden verbinden diese Fälle mit direktem Mord, die man nicht analytisch abtrennen sollte.² Unter extrem gewalttätigen Gesellschaften verstehe ich Formationen, in denen *verschiedene Bevölkerungsgruppen* Opfer massiver physischer Gewalt werden, an der sich, im Zusammenwirken mit Staatsorganen, *unterschiedliche soziale Gruppen aus einer Vielzahl von Gründen* beteiligen. Einfach ausgedrückt: Vorkommen

und Durchschlagskraft von Massengewalt hängen von einer breiten Unterstützung unterschiedlicher Kreise ab, doch dies beruht auf vielfältigen Beweggründen und Interessen, die bewirken, dass sich Gewalt in verschiedenen Richtungen, in unterschiedlicher Intensität und Form ausbreitet.

Dieses Phänomen unterscheidet sich von dem, was viele Wissenschaftler und andere Beobachter in Massengewalt sehen – kurz gesagt, den Versuch eines Staates, eine Bevölkerungsgruppe, größtenteils aus einem bestimmten Grund, zu vernichten, oft ›Genozid‹ oder Völkermord genannt.

Doch zunächst einmal geht das Problem meist über den Angriff auf nur *eine* Opfergruppe hinaus. In NS-Deutschland wurden z. B. Juden zum Ziel, aber auch Behinderte, Roma und Sinti, Oppositionelle, sowjetische Kriegsgefangene, die polnische Intelligenzschicht sowie die Landbevölkerung verschiedener Länder, die verdächtigt wurde, Partisanen zu unterstützen; etwa 12 Millionen Ausländer wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert, und Millionen Osteuropäer, Griechen und Niederländer waren Hungersnöten ausgesetzt. Während des Ersten Weltkrieges starben im Osmanischen Reich Armenier, Griechen, Assyrer, Chaldäer und Kurden bei Zwangsumsiedlungen und durch Massaker, und viele Türken wurden ebenfalls getötet. Unter sowjetischer Herrschaft von den 1930er bis 1950er Jahren wurden wohlhabendere Bauern oder Personen mit verdächtiger ›bourgeoiser‹ Herkunft, Menschen, die durch die Kollektivierung der Landwirtschaft entwurzelt waren, politische Gegner, ausländische Kriegsgefangene und Bürger, die kollektiv verdächtigen Ethnien angehörten, verhaftet, verbannt, umgesiedelt oder getötet. Obwohl die Behandlung dieser verschiedenen Gruppen unterschiedlich gewesen sein mag, Zeitpunkt, Dauer und Art ihrer Verfolgung ebenso wie ihre Sterblichkeitsraten und ihr späteres Schicksal, empfehle ich doch, ihr Leid in vielerlei Hinsicht als Ganzes zu untersuchen. Es würde sonderbar erscheinen, wenn jemand nur die Verfolgung von Städtern, von ethnischen Chinesen oder ethnischen Vietnamesen in Kambodscha unter den Roten Khmer oder die Verfolgung einzelner Minderheiten wie der Cham, Lao, Thai usw. isoliert untersucht und nicht als Resultat eines Gesamtprozesses oder

zusammenhängender Prozesse. Ein solcher Ansatz wäre ein analytisches Hindernis.³ Während viele Wissenschaftler darauf bestehen, zwischen verschiedenen Gewaltphänomenen fein säuberlich zu trennen, bin ich gerade daran interessiert, wie sie zusammenhängen.⁴

Viele Historiker haben auf die »weitgehend freiwillige, ja bereitwillige oder sogar enthusiastische Teilnahme« von Menschen, ob Staatsbedienstete oder nicht, an Massentötungen verwiesen.⁵ Theoretiker der Kriegführung, unter ihnen Carl von Clausewitz, meinen, der besonders destruktive Charakter von Kriegen rühre vom Einbringen »roher Gewalt« seitens der Volksmassen her; dieser Effekt habe bewaffnete Konflikte seit Einführung der Wehrpflicht und der Bürgerbeteiligung an der Politik sogar noch brutaler gemacht. Es sei diese Mitwirkung, die zu einer Kriegen schlechthin innewohnenden »genozidalen Tendenz« geführt habe.⁶ In jüngerer Zeit kam das Argument auf, »ethnische Säuberungen« (und manchmal »Genozid«) entstünden unter besonderen Bedingungen als Perversion der Demokratie im Anfangsstadium der Erfahrungen, die ein Land bei der politischen Partizipation der Bürger sammle.⁷ Für andere kann in einem weiteren Sinne »nationale Demokratie [...] mit Krieg und Genozid kompatibel sein«.⁸ Aus meiner Sicht ist es die Massenbeteiligung, die der heutigen Massengewalt ihre entsetzliche Geschwindigkeit und Durchschlagskraft verleiht und dazu beiträgt, dass Vernichtungsprogramme tatsächlich umgesetzt werden.

Jeder Massenmord ist multikausal. Manche Genozidforscher sind zu dem Schluss gekommen, die Wechselwirkung vielfältiger Faktoren und Prozesse führe zu einer Eskalation der Menschenvernichtung – doch bleibt unklar, wie dies genau funktioniert.⁹ Wenn verschiedene Menschen sich in beträchtlicher Anzahl an der Organisation von Massengewalt beteiligen, so tun sie das aufgrund vielfältiger Interessen, Hintergründe und Einstellungen. Ihre verschiedenen Motive lassen es ihnen dringend erscheinen, Gewalt anzuwenden. Dies nur auf einen Grund zurückzuführen, der alle veranlasst habe, an einem (z. B. ideologisch, durch Vergeltung oder wirtschaftlich bedingten) »Genozid« teilzunehmen, hat wenig Sinn, falls die schockierende Macht der Gewalt gerade von einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren

herrührt. Erfolgversprechender erscheint es, nach der Überschneidung von Einstellungen und Interessen zu fragen, die alle zusammenführten. Worüber waren sie sich einig, für wie lange und mit welchen unterschiedlichen Zielen?¹⁰ Solche Fragen können uns auch in die Lage versetzen zu erklären, warum Massengewalt an bestimmten Punkten begann oder zunahm und an anderen Punkten nachließ oder endete.

Massengewalt ist nicht als Zufallsereignis anzusehen, das unerklärlich ist oder aus der Geschichte herausfällt (wie manche die Ermordung der europäischen Juden betrachten); sie erfordert eine breite Kontextualisierung. Indem man fragt, welche Gründe so viele Menschen veranlassten, sich an Massengewalt zu beteiligen oder sie zu unterstützen, und warum verschiedene Gruppen zu Opfern wurden, versucht der Ansatz ›extrem gewalttätige Gesellschaften‹, die Menschenvernichtung in den Zusammenhang längerfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen einzuordnen. Beim Versuch zu ergründen, was in solchen Ländern vor sich geht, scheint es mir tatsächlich immer weniger möglich, Ursachen und Wirkungen sauber zu trennen. Man sollte stattdessen den ganzen gesellschaftlichen Prozess untersuchen, von dem die Massengewalt nur ein Teil ist, die Beziehungen zwischen struktureller und körperlicher Gewalt, Ungleichheit und sozialen Verschiebungen und zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Staatsorganen. Als Historiker versuche ich die dominante politische Geschichte auf diesem Gebiet durch eine soziale Geschichte der Massengewalt zu ergänzen.

Zwar ist es eine grobe Vereinfachung, wenn zur Erklärung von Massengewalt nur auf Regierungspolitik und irgendein Schurkenregime verwiesen wird, etwa die NS-Regierung, die die Juden verfolgte. Aber obwohl eine Untersuchung extrem gewalttätiger Gesellschaften den sozialen Zusammenhängen der Massengewalt besondere Beachtung schenkt, bedeutet dies nicht, dass man die Rolle des Staates außer Acht lassen kann. Ja, die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sind so stark, dass sie nicht als völlig getrennte, isolierte Einheiten verstanden werden sollten. Regierungen können Befehle geben und versuchen, Menschen zu manipulieren, aber sie erstellen und modifizieren Grundsätze entsprechend dem von ihnen wahr-

genommenen Druck durch die öffentliche Meinung. »Der Staat« ist Teil der Gesellschaft und spiegelt ihre Regeln und Normen wider oder die mächtiger Gruppen, die er dann durchzusetzen und festzuschreiben versucht. Und moderne Funktionäre oder Beamte sind auch Bürger mit eigenen Absichten und Urteilen, also nicht einfach nur Rädchen im Getriebe, die ein staatliches Programm genau so durchführen, wie es formuliert ist. Ich rechne damit, dass ich in diesem Buch noch eher zu viel als zu wenig Gewicht auf Regierungspolitik lege (die in meinen früheren Arbeiten auch nicht gerade vernachlässigt wurde). Diese Schlagseite ist auch deshalb zu erwarten, weil staatliches Handeln in den amtlichen und anderen Akten, die Historiker vorwiegend benutzen, besser dokumentiert ist. Die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung an Massengewalt hinterlässt in solchen Papieren weit weniger Spuren.

Indem wir uns auf mehr als nur staatliche Absichten konzentrieren, ermöglicht uns der Ansatz ›extrem gewalttätige Gesellschaften‹, weit mehr Akteure und all ihre Absichten zu berücksichtigen, einschließlich sozialer und politischer Gruppen, Beamten aus verschiedenen Ministerien, Dienststellen usw. Die Ziele nichtstaatlicher Akteure haben oft einen erheblichen Einfluss auf die Festlegung von Opfergruppen, die Wahl des Zeitpunkts und die Formen eines Angriffs. Im Falle solcher partizipatorischer Gewalt kann es schwierig werden, eine Behörde oder Persönlichkeit *allein* für die körperliche Gewalt verantwortlich zu machen, aber es ist doch möglich, den Beitrag jeder Gruppe oder Person einzuschätzen. Die Feststellung von Verantwortung für Massengewalt ist jedenfalls kein Nullsummenspiel: Wenn breite Schichten der Bevölkerung an der Gewalt teilnehmen und nichtstaatliche und staatliche Akteure dabei zusammenarbeiten, dann muss dies weder die Schuld von Staatsbediensteten oder Politikern noch von Privatbürgern verringern, wie dies die Kapitel über Indonesien und die Guerrillabekämpfung verdeutlichen werden und die Geschichtsschreibung über NS-Deutschland schon gezeigt hat. Mein Ansatz dient dazu, jeden Typ von Akteur, von der Spitze bis zur unteren Ebene, sowohl innerhalb als auch außerhalb eines offiziellen Apparats, zu berücksichtigen.

Als Ergebnis dieser Studie verwischt sich also auch der Unterschied zwischen Tätern im engeren Sinne und unberührten Zuschauern.¹¹ Kapitel wie das über die Rolle wirtschaftlicher Interessen bei der Vernichtung der Armenier werden die Kategorie des »Täters« überhaupt in Frage stellen, weil auch Menschen, deren Handlungen man kaum direkt als Mord oder als verbrecherisch bezeichnen kann, in nicht geringem Maße zum Tod von Armeniern beigetragen haben. Deshalb werde ich den Ausdruck »Täter« möglichst vermeiden.

Geht man über den Verständnisrahmen ›Ein Staat geht gegen eine Gruppe vor‹ hinaus, so ist es vielleicht auch möglich, die oft kritisierte Trennung zwischen ›Tätergeschichte‹ und ›Opfergeschichte‹ zu überwinden, wie sie in Studien über die Judenverfolgung vorkommt, wo die Opfer sogar als Gruppe erscheinen können, die irgendwie gar nicht zur Gesellschaft dazugehört. Opfer und andere sind Teil eines wechselseitigen Handlungsprozesses, in der sich die Ersteren nicht einfach passiv verhalten oder bloß reagieren, sondern sich bemühen, Unterstützung zu erhalten, Allianzen zu bilden oder Gegenmaßnahmen zu treffen.

Ergebnisse und Begrenztheit des Genozidansatzes

Dieser Abschnitt erklärt, weshalb ich ›Genozid‹ bzw. Völkermord nicht als geeignetes Konzept für die Untersuchung einiger Phänomene ansehe, um die es hier geht, und warum ich ein anderes für produktiver halte. Denn ›Genozid‹ kennzeichnet einen *Ansatz* – eine von mehreren vorstellbaren Möglichkeiten, über Massengewalt nachzudenken¹² –, und zwar einen, der besonderes Gewicht auf die Ideengeschichte und politische Systeme legt. Das Problem liegt nicht einfach nur in einem Begriff.

Ein Staat wendet sich gegen eine Gruppe in der Gesellschaft, die größtenteils ethnisch definiert ist; das ist die Geschichte, die meist in Genozidstudien erzählt wird. Der Genozidansatz konzentriert sich auf Regime, die wie NS-Deutschland, die Sowjetunion, Ruanda oder Kambodscha für völkermörderische Handlungen anfällig seien. Viele argumentieren, dass eine Hinwendung zum »Genozid« während einer

Krise des Staates oder der Regierung stattfindet.¹³ Genozidforscher konzentrieren sich auf die Frage, wie solche Regime bürokratische Apparate, bewaffnete Formationen und Bürger oder Untertanen für die Gewalt mobilisieren, was meist durch Manipulation, Propaganda, Gesetzgebung und Befehle geschieht, und wie eine verfolgte Bevölkerungsgruppe aufgrund von Ideen hierarchischen Andersseins ausgeschlossen, diskriminiert, ihrer Rechte beraubt, nicht als Menschen angesehen oder als unmoralisch und als Gefahr für die Nation dargestellt wird. Sie wird vom »Universum der [moralischen] Verpflichtungen« ausgeschlossen.¹⁴ Unter Verwendung des Genozidansatzes versuchen Wissenschaftler zu zeigen, welche Gründe für die (oft als von langer Hand geplant angesehene) Vernichtung jener Gruppe gefunden oder erfunden werden, wie der Massenmord organisiert ist und wie der amoralische Charakter des Gemetzels später auf der Basis der früher gefundenen Begründungen geleugnet wird. Genozid rührt also, so heißt es, sowohl vom Versagen eines politischen Systems oder Rechtssystems als auch vom Versagen der öffentlichen Meinung her. Genozidforscher versuchen oft, ein Kernmotiv für die Vernichtung zu bestimmen.¹⁵ Es wird häufig in der ›Ideologie‹ eines solchen Regimes gefunden, meist im Rassismus, seltener im Klassenhass oder in religiösem Fanatismus. Dann ist klar, welches Heilmittel anzuwenden ist: Man verhindere oder stürze ein solches Regime, schaffe ein weniger anfälliges politisches System und erziehe die Bevölkerung zur Toleranz. Denn Genozid ist ein handlungsorientiertes Modell für die moralische Verurteilung, Prävention, Intervention oder Bestrafung. Mit anderen Worten, Genozid ist ein normatives, aktionsorientiertes Konzept für den politischen Kampf. Und damit es verwendungsfähig ist, bedarf es der Vereinfachung mit der Regierungspolitik als Schwerpunkt.

Neuere Arbeiten haben zudem darauf hingewiesen, dass die Entstehung der heutigen Nationalstaaten zu massiver Gewalt gegenüber bestimmten Gruppen geführt hat, weil sie nicht zur Mehrheitskultur zu gehören scheinen und der Illoyalität verdächtigt werden, da sie angeblich eine staatliche Politik unterminieren, mit der sie sich nicht identifizieren. Das geschehe häufig, wenn Staaten in einem konfliktgeladenen internationalen System miteinander konkurrieren; daher

komme es oft in Kriegszeiten zum Völkermord. Mehrere Autoren argumentieren heute, Nationalstaaten hätten erstmals in der Zeit des Kolonialismus, besonders im 19. Jahrhundert, Genozide begangen.¹⁶ Die Entstehung des biologischen Rassismus, so wird betont, bilde einen wichtigen Hintergrund für diese Zunahme der Gewalt. Manche haben, wie erwähnt, auch argumentiert, das Zeitalter der Massenpolitik seit Anfang des 20. Jahrhunderts habe die Gefahr extremer Gewalt eher erhöht als verringert, weil populistische Bewegungen versuchten, politische Probleme durch Gewalt zu lösen oder zu umgehen.¹⁷

Aber von ›Genozid‹ zu reden heißt, ein Bezugssystem zu verwenden, das die Analyse einschränkt. Genozidforscher haben sich nie darüber einigen können, was ›Genozid‹ eigentlich bedeutet. Der Ausdruck wird willkürlich benutzt. Viele von ihnen sind nach wie vor unzufrieden mit der Definition in der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen: Genozid bedeutet »Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören [...]«.«¹⁸ Seit den 1970er Jahren haben Gesellschaftswissenschaftler verschiedene Gegendefinitionen vorgeschlagen.¹⁹ Semantisch bedeutet der Ausdruck ›Genozid‹ ›Stammesmord‹. Also sind die Opfer eines ›Genozids‹ Angehörige einer ethnischen oder rassischen Gruppe. Dies scheint der überwiegenden Meinung der breiten Öffentlichkeit zu entsprechen, aber auch der Auffassung, die in der wissenschaftlichen Praxis vorherrscht. Sogar religiöse Unterschiede werden als ethnisch reinterpretiert, z. B. in Bezug auf den vielschichtigen Konflikt in Bosnien (siehe auch Kapitel 7). Von ›Genozid‹ zu reden bedeutet also oft, eine bestimmte Kausalität anzunehmen. Einer primordialen Interpretation entsprechend, erscheint Ethnizität in Genozidstudien häufig als etwas Natürliches und seit langem Existierendes – und gerade nicht als etwas Historisches, Konstruiertes und Fließendes. Mit anderen Worten: Rasse oder Ethnizität tendieren dazu, als gegeben und gar nicht als Gegenstand der Untersuchung angesehen zu werden, als ein wissenschaftlicher Endpunkt und nicht als ein Ausgangspunkt.²⁰ Deutsche hassten Juden, Türken hassten Armenier, Hutus hassten Tutsis, deswegen ermordeten sie sie: Der Ethnizität wird eine Kausalität für Massenmord zugeschrie-

ben, die zu einem Zirkelschluss führen kann. Sicher: Wenn ›Genozid‹ aus ethnischen Gründen begangen wird, dann wird ›Genozid‹ aus ethnischen Gründen begangen. Was aber wollen wir mit einer solchen ›Erklärung‹ herausfinden?

Wenn sich Genozidforscher über eines einig sind, dann darüber, dass es die massenmörderische »Absicht« (*intent*) ist, die ›Genozid‹ konstituiert.²¹ Dies gilt auch für die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen und für Raphael Lemkin, den Gründungsvater des Forschungsgebiets.²² Diese Betonung auf Vernichtungspolitik (»*policy*«)²³ hat zur Staatsfixiertheit in der Genozidforschung geführt,²⁴ denn es ist der Staat, dem die ›Absicht‹ beigemessen wird, und dieser hecke die Vernichtungspolitik aus. Der folgende Zirkelschluss ist charakteristisch: »Genozid ist in erster Linie ein Verbrechen des Staates, und empirisch ist es nicht zutreffend, dass er ohne Absicht vorkommt«²⁵ (was natürlich auf der Prämisse beruht, dass jeder Gewaltakt oder jedes Leid, das unbeabsichtigt zugefügt wird, eben nicht »Genozid« bedeute). Infolgedessen haben die Genozidstudien dazu tendiert, einen monolithischen Akteur aus Menschen (aus Beamten und anderen) zu konstruieren, die, wie mir scheint, ganz unterschiedliche Absichten haben. Eine Konzentration auf staatliche Herrschaft und Absichten macht es schwierig, die einzelnen Prozesse zu analysieren, die in betroffenen Gesellschaften ablaufen. Von einem Wissenschaftler, der eine ›Absicht‹ für einen ›Genozid‹ nachweisen möchte, kann man erwarten, spätere Phasen als bloße Verwirklichung vorgefasster Planung anzusehen und weniger Interesse an den großen Unterschieden zwischen Vernichtungsideen oder -absichten und der Gewalt, die wirklich eintritt, zu zeigen.²⁶ Das kann zur Vernachlässigung oder Verharmlosung des Beitrags breiter Bevölkerungsschichten zur Entstehung von Massengewalt führen, der für den Ansatz ›extrem gewalttätige Gesellschaften‹, der in diesem Buch untersucht wird, ein springender Punkt ist.

Das größte Problem im Feld Genozidstudien ist das Fehlen einer empirischen Grundlage. Diese Leere wird auf jeder Genozidkonferenz deutlich. Dieser Mangel ist zum Teil auf den reduktionistischen Genozidansatz zurückzuführen mit seiner Betonung auf dem ›Bewei-

sen« eines (wie auch immer definierten) »Genozids« und deshalb auf dem »Beweisen« der staatlichen »Absicht«. Es kann auch etwas mit dem hohen Grad der Abstraktion in der Arbeit von Politologen und Soziologen zu tun haben, die seit langem eine starke Stellung auf diesem Forschungsgebiet innehaben. Welcher Fortschritt auch immer bei diesem Thema in den vergangenen 15 Jahren erzielt wurde, er war das Resultat empirischer Arbeit. Für eine dichte Beschreibung, die dazu beiträgt, vorgefasste Meinungen über Fälle von Massengewalt zu überwinden, ist es jedoch unerlässlich, sich bei der Arbeit sowohl auf eine breite Basis von Dokumenten als auch sekundäre Quellen zu stützen. Der Ansatz »extrem gewalttätige Gesellschaften« entspringt empirischen Beobachtungen und soll analytischen Zwecken dienen. Er stellt eine neue *Denkweise* über Massengewalt dar (weshalb ich ihn einen Ansatz nenne). Er dient dazu, neue Fragen zu stellen. Sein Wert oder Unwert muss sich an seinen empirischen Ergebnissen erweisen. Deshalb sind empirische Fallstudien auf breiter Quellengrundlage für dieses Buch entscheidend.

Der staatsorientierte Genozidansatz – der wichtige Beiträge geleistet hat – erfasst noch immer nur einige der für Massengewalt relevanten Kausalitäten und Entwicklungen. Dieses Buch setzt einen anderen Akzent. Es konzentriert sich auf Prozesse in den betreffenden Gesellschaften, ohne dabei das Regierungshandeln zu ignorieren.

Bestehende Ansätze hinsichtlich der gesellschaftlichen Ursprünge von »Genozid«

Obwohl in der Genozidforschung der Staat meist im Mittelpunkt steht, sind dort verschiedene Wege vorgeschlagen worden, die sozialen Wurzeln von »Völkermord« stärker einzubeziehen. Roger W. Smith regte an, »genozidale Gesellschaften« zu untersuchen, darunter so verschiedene Themen wie das Verhältnis von Genozid und Wirtschaftssystemen, religiöse Motive, Geschlechterunterschiede sowie die Teilnahme jüngerer Generationen, aber auch die Auswirkungen von »Genoziden« auf Politik, Wirtschaft und Sozialstrukturen eines Landes, dazu die

Frage, ob und wie ›genozidale Gesellschaften‹ gesunden.²⁷ Michael Dobkowski und Isidor Wallimann forderten Untersuchungen über »die Geschichte und den Charakter von Gesellschaften, die von Menschen gemachten und daher vermeidbaren Massentod hervorbringen«, und über die »sozialen, ökonomischen und politischen Umstände, die den Massentod möglich machen«.²⁸ Einige Ideen des frühen Marx aufgreifend, schlug Tony Barta vor, Massengewalt mit objektiven »genozidalen Beziehungen« (relations of genocide) zu erklären, die durch Interessenkonflikte zwischen sozialen Gruppen statt durch »Politik«, »Absichten und Aktionen von Einzelnen« diktiert sind. Er verdeutlichte sein Argument, indem er die Beziehungen zwischen weißen Siedlern und australischen Aborigines im 19. Jahrhundert skizzierte.²⁹ Daniel Feierstein bemüht sich, die Massenvernichtung als »soziale Praxis«, als eine spezielle Art der von einer Regierung geförderten Zerstörung und Umgestaltung der sozialen Beziehungen zu verstehen, die z. B. durch Behinderung dessen, was er als Praktiken der Solidarität, Zusammenarbeit oder Autonomie bezeichnet, zur Entstehung neuer Identitäten und Wertvorstellungen führt.³⁰ Sein Konzept der sich verändernden sozialen Beziehungen ist jedoch direkt auf das Schicksal und die Umgebung nur einer einzigen Opfergruppe fokussiert, und seine abstrakte Art zu argumentieren bedingt auch, dass er breitere soziale Zusammenhänge und eine längerfristige soziale Dynamik ausklammert.³¹

Keiner der genannten Autoren hat diese Ansätze empirisch angewandt. Manche, die sich in dieser Richtung bewegten, haben in der Praxis jedoch den Schwerpunkt auf der Regierungspolitik beibehalten. Mark Levene hat einen geografischen Fokus vorgeschlagen, der die Interaktion berücksichtigt, die zwischen mehreren Gruppen über einen längeren Zeitraum in einer »Zone des Genozids« stattfindet, aber er konzentrierte sich dann doch auf die staatliche Herrschaft über ein solches Territorium und die Beziehungen zwischen Staat und Bürgern.³² Ein ähnlicher Widerspruch zeigt sich in Frank Bajohrs Arbeit, der (in sich widersprüchlich) die Notwendigkeit betont hat, »die NS-Herrschaft nicht als Diktatur von oben nach unten, sondern als soziale Praxis [zu verstehen], an der die deutsche Gesellschaft in

vielfältiger Weise beteiligt war.«³³ Obwohl Bajohr ankündigt, »verschiedene Handlungs- und Verhaltensformen der Gesellschaft« zu untersuchen, konzentriert er sich in Wirklichkeit auf Reaktionen in der Bevölkerung auf die offizielle jüdenfeindliche Politik.³⁴ Leo Kuper betitelte ein Kapitel seiner Arbeit »Social Structure and Genocide«, beschränkte sich darin aber größtenteils auf eine Diskussion über den Kolonialismus und seine Folgen.³⁵

Quellen

Das Gewicht, das ich auf empirische Arbeit lege, erfordert einige Bemerkungen über die für dieses Buch verwendeten Quellen. Für drei der fünf Fallstudien sind staatliche Akten größtenteils nicht zugänglich. Dieses Problem ist im Fall von Indonesien am gravierendsten, es betrifft aber auch Ostpakistan/Bangladesch (namentlich indonesische und pakistanische Militärarchive). Der Zugang zu türkischen Archiven ist in den letzten Jahren einfacher geworden, doch werden Genehmigungen willkürlich erteilt, Forschern sind bei weitem nicht alle Akten zugänglich, und einige Wissenschaftler werden bei der Akteneinsicht bevorzugt.³⁶ Einige wenige osmanische Dokumente wurden veröffentlicht. Merkwürdigerweise hat die Forschung die Archive in Syrien und im Irak links liegen gelassen.

Da osmanische Akten lange nicht zugänglich waren, ruht die Erforschung der Vernichtung der Armenier auf drei Säulen: Aufzeichnungen ausländischer Diplomaten, Überlebendenberichten und Schriften ausländischer Missionare. Daraus hat sich im Vergleich zu Indonesien und Bangladesch ein ziemlich reichhaltiges und detailliertes Bild ergeben.³⁷ Die Erforschung der indonesischen Massenmorde von 1965/66 beruht auf einem Quellenkorpus sehr geringer Güte; darunter befinden sich viele Informationen aus dritter Hand, journalistische Berichte, zweifelhafte ›Geständnisse‹ gefolterter Funktionäre der Kommunistischen Partei Indonesiens oder von Militäroffizieren sowie vereinzelte andere Berichte. Hier sind fast keine Schriften von Missionaren und nur sehr wenige Überlebendenberichte verfügbar (obwohl weitere in jüngster

Zeit veröffentlicht wurden), und die vorliegenden zeugen häufig von dem großen gesellschaftlichen und politischen Druck, unter dem (oder gegen den) sie entstanden. Abgesehen von widrigen gesetzlichen Bestimmungen und der Zensur genießen die Morde von 1965/66 in breiten Bevölkerungskreisen immer noch starke Unterstützung, so dass viele Überlebende versichern, sie und andere Opfer seien nicht oder höchstens marginal an kommunistischen Aktivitäten beteiligt gewesen.³⁸ Zeugen sind bei der Diskussion dieses Themas immer noch extrem zurückhaltend.

Unter diesen Umständen können Aufzeichnungen ausländischer Diplomaten und anderer ausländischer Beobachter für die Rekonstruktion von Ereignissen in einem Lande von besonderem Wert sein, obwohl sie in Bezug auf Indonesien und Bangladesch bislang nur selten Verwendung fanden.³⁹ Meine Kapitel über diese beiden Länder nutzen US-amerikanische, australische sowie west- und ostdeutsche Berichte.⁴⁰ Im Falle des Osmanischen Reiches umfasst mein Material neben vielen Überlebendenberichten Akten US-amerikanischer, deutscher und österreichisch-ungarischer Diplomaten. Was Bangladesch betrifft, so standen mir auch eine Menge journalistischer Reportagen, einige Memoiren US-amerikanischer Missionare und zusätzlich unveröffentlichte Berichte verschiedener UN-Organisationen und der britischen Hilfsorganisation Oxfam zur Verfügung.

Der Quellenwert dieser Dokumente ist begrenzt. Ebenso wenig wie andere Quellen sind sie unparteiisch, und sie erlauben nur Nachforschungen von mittlerer empirischer Tiefe. Regional- oder Lokalstudien sind mit ihrer Hilfe fast unmöglich und Entscheidungsprozesse schwer zu rekonstruieren. Diplomaten (und Journalisten) waren Außenstehende – was in einer so verschlossenen Kultur wie der indonesischen besonders wichtig ist – und lebten in den wenigen großen Städten, wo sich Botschaften und Konsulate befanden. Reisen war schwierig, obwohl nicht unmöglich für Diplomaten und Journalisten; Telegramme ausländischer Korrespondenten wurden zensiert (manche Reporter versuchten, dies zu umgehen, indem sie diplomatische Kanäle benutzten); das diplomatische Personal war zahlenmäßig begrenzt, wie auch sein Zugang zu offiziellen Dokumenten.⁴¹ Es verließ

sich auf bestimmte nicht unparteiische lokale Informanten. Weiße Ausländer krankten an chauvinistischen Überlegenheitsgefühlen auf kultureller, rassistischer oder religiöser Grundlage und liefen dadurch Gefahr, Einheimische als besonders brutal oder blutdürstig zu schildern. In begrenztem Umfang waren Diplomaten manchmal auch Akteure mit klar definierten Interessen, die zu beachten sind, obwohl sie nicht im Mittelpunkt dieser Studie stehen. Es ist die Aufgabe von Diplomaten, Informationen zu sammeln und ein klares Bild von den politischen Entwicklungen in ihrem Gastland zu vermitteln. Ihre im weiteren Sinne imperialistischen Sichtweisen ermöglichen manchmal nüchterne Einblicke in eine fremde Kultur, spiegeln aber auch ein begrenztes Verständnis jener Kultur wider – und aus beiden Gründen kann ein Historiker, der sie benutzt, in Konflikt mit den in den betreffenden Nationalgeschichten vorherrschenden Darstellungen geraten (siehe Kapitel 7). Obwohl umfassende Arbeiten mit Regierungsakten und anderen Materialien in der Originalsprache, sobald zugänglich, es künftig erlauben werden, meine Ergebnisse erheblich anzureichern und zweifellos partiell auch zu korrigieren, bemühe ich mich, auf der gegenwärtig möglichen Basis auch auf inhaltlicher Ebene einen Forschungsbeitrag zu leisten.

Zwei weitere Fallstudien beruhen nur auf veröffentlichtem Material. Während ich behaupten kann, mit einer Fülle von Archivmaterial über NS-Deutschland vertraut zu sein, verhält sich die Sache bei meinem Kapitel über Guerrillabekämpfung anders, das sich mit etwa zwanzig Ländern über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten befasst. Hier stütze ich mich (wieder mit Ausnahme Deutschlands) auf die Sekundärliteratur, um spezifische Mechanismen staatlichen Vorgehens und gesellschaftlicher Reaktionen auf die gewaltsame Umwandlung marginaler ländlicher Gebiete durch Umsiedlung, Aufstellung von Milizen und zwangsweise ›Entwicklung‹ zu untersuchen. Durch diesen zum Großteil generalisierenden Vergleich versuche ich, Einblicke in verblüffende internationale Gemeinsamkeiten und Verbindungen, aber auch Variationen zu vermitteln.

Die vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten und andere Berichte über die in diesem Buch erörterten Ereignisse werden von rivali-

sierenden nationalistischen Schilderungen beherrscht. Diese sind oft propagandistischer Natur, aber das genügt mir nicht, um dort präsentierte Fakten pauschal zu verwerfen. Selbstverständlich ist es dabei wichtig, Sekundärquellen mit unterschiedlichem politischen und kulturellen Hintergrund, verschiedene akademische Traditionen und Sprachen sowie vielfältige Ansätze zu berücksichtigen. Abgesehen von der üblichen Plausibilitätsprüfung kann eine Aussage von besonderem Wert sein, wenn der Betreffende sich damit selbst belastet, wenn sie Fakten bestätigt, die den offensichtlichen Interessen eines Autors zuwiderlaufen, oder wenn sie von unabhängigen, unbeteiligten Beobachtern stammt.

Ziele dieses Buches

Viele Genozidforscher haben in allgemeiner Weise festgestellt, dass Massengewalt nicht nur während bestimmter Krisen eines Staates oder Regimes auftritt, sondern auch während einer allgemeinen Krise der Gesellschaft.⁴² Von einem Wirtschaftswissenschaftler ist eine Krise sinngemäß als Phase des Übergangs und gesellschaftlicher Probleme beschrieben worden, mit instabiler werdenden Strukturen und einem Verlust an Transparenz und Vorhersagbarkeit. In der Krise suchen Menschen eine neue Orientierung, doch die ihnen zugänglichen widersprüchlichen Informationen sind schwer einzuschätzen, und das politische System gerät unter Druck. Was in solchen Situationen verloren geht, ist das Vertrauen in die Regeln, die die soziale Interaktion bestimmen.⁴³ Dieses Buch soll die Prozesse genauer beschreiben, die zu einer Krise der Gesellschaft gehören; es soll zeigen, wie sie in Gewalt münden kann und wie Massengewalt mit längerfristigen gesellschaftlichen Zuständen und ihren Wandlungen zusammenhängt. Bestimmte Gesellschaften sind nicht an sich oder unvermeidlich extrem gewalttätig, sie werden es in einem zeitlich begrenzten Prozess. Das kann in kapitalistischen und in sozialistischen Gesellschaften geschehen, in den Letzteren auch unter dem Druck des internationalen kapitalistischen Systems.⁴⁴ Indirekte, strukturelle Gewalt verwandelt sich

in verschiedene Formen direkter, brutaler Gewalt: entweder durch Radikalisierung unter Druck, durch Ablenkung von Zwängen oder Aggressionen zur Verhinderung des Ausbruchs anderer Konflikte oder durch Gegengewalt früherer Opfer (oft zur angeblichen Verhinderung anderer, schlimmerer Gewalt). Das Verständnis als soziale Krise hilft auch zu erklären, warum Gewaltanwendung sehr oft nicht nur eine Sache des Staates, d. h. von Funktionären ist.

Das vorliegende Buch soll keineswegs die Geschichte extrem gewalttätiger Gesellschaften überall und in allen Epochen abdecken. Auch will ich hier nicht die historische Entstehung des Phänomens herleiten. Diese Studie verwendet den Ansatz ›extrem gewalttätige Gesellschaften‹ auch nicht als Schablone für ein einheitliches Vorgehen, sondern will das Potenzial dieses Ansatzes in verschiedener Weise ausloten; zu diesem Zweck untersucht jedes Kapitel spezifische Probleme, statt dass alle eintönig immer die gleichen Fragen abhandeln und an einer gemeinsamen Struktur kleben. Demzufolge ist die Darstellung nicht bestrebt, die in verschiedenen Kapiteln erörterten Länder systematisch miteinander zu vergleichen, obwohl in Kapitel 8 einige allgemeine Schlussfolgerungen dargelegt werden. Dieses Buch behandelt auch nicht alle denkbaren Möglichkeiten, den Ansatz zu nutzen. So kommen z. B. Interaktionsprozesse zwischen verschiedenen Gesellschaften, die mit meinem Ansatz analysiert werden könnten, kaum zur Sprache. Doch behandeln alle Kapitel staatliche und nichtstaatliche Akteure, die meisten verschiedene Zielgruppen von Gewalt und ihr Verhalten, und alle den breiteren sozialen und politischen Kontext.

Der erste Teil der nachfolgenden Fallstudien befasst sich mit dem partizipatorischen Charakter von Massengewalt. Warum beteiligen sich so viele und so verschiedene Menschen an Gewalt, und welche Folgen hat dies für die Opfer? Kapitel 2 beschreibt die auf einer Koalition für Gewalt basierende Massentötung angeblicher Kommunisten und anderer Einwohner in Indonesien in den Jahren 1965/66 – einer Koalition, die durch eine Interessenüberschneidung aufgrund verschiedenartiger sozialer Konflikte entstand, eines kurzfristigen, vielfältigen und instabilen Bündnisses, dessen Existenz den gespenstischen Gewaltausbruch erklären hilft. Dieses umfangreichste Kapitel im Buch

beschreibt verschiedene Opfergruppen, ihre Überlebensstrategien, aber auch die Grenzen der Gewalt und die internationale Dimension. Kapitel 3, von geringerer Themenbreite, untersucht, welche Auswirkungen eine bestimmte Gruppe von Motiven (wirtschaftliche Interessen) für die Massenbeteiligung an der Verfolgung einer Gruppe, der Armenier, im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges hatte. Habsucht, Hoffnung auf sozialen Aufstieg, kriegsbedingte Not und Verzweiflung erklären in nicht geringem Maße die Massenbeteiligung an den vielen Formen der Gewalt, die sich gegen Armenier (und andere *middlemen minorities* in der Geschichte) richtete. Dies reicht von staatlichen Konfiszierungen bis zu gewalttätigem Raub und erpresserischem ›Handel‹, von der Versklavung bis zur liebevollen Adoption von Minderjährigen.

Die zweite Gruppe von Fallstudien analysiert die Gesellschaftskrise, die eine extrem gewalttätige Gesellschaft durchmacht. Diese Studien legen noch mehr Gewicht auf Beziehungen zwischen langfristigem sozialem Wandel und Gewalt. Unter anderem betrachten sie geografische und soziale Mobilität sowie gesellschaftliche Spätfolgen von Gewalt. Kapitel 4 beschreibt den Weg von politischen Elitenkonflikten in Ostpakistan/Bangladesch zu einer allgemeinen Gesellschaftskrise und zu Massengewalt. Besonders im Jahr 1971 waren an ihr aktiv oder passiv große Gruppen beteiligt, doch die Gewalt dauerte noch länger an. Diese Fallstudie untersucht auch Beziehungen zwischen direkter und struktureller Gewalt, indem sie Verbindungen zwischen Morden, Vertreibungen usw. und den großen Hungersnöten von 1971/72 und 1974/75 herstellt. In Kapitel 5 erörtere ich staatliche Strategien für die Durchsetzung bestimmter Maßnahmen zur sozialen Umgestaltung, um Guerrillas in armen ländlichen Randgebieten durch große erzwungene Bevölkerungsverschiebungen und die Aufstellung von Milizen zu bekämpfen – und wie dieser Prozess von den 1930er bis zu den 1990er Jahren in rund zwanzig Ländern jeweils außer Kontrolle geriet. Kapitel 6 versucht zu ergründen, wie die Schicksale unterschiedlicher Opfergruppen NS-deutscher Gewalt verknüpft waren und was das zum Verständnis der Gewalt beitragen kann. Als Beispiel untersuche ich die Erfahrungen eines Landes, des besetzten Griechenlands. Wie



Christian Gerlach

Extrem gewalttätige Gesellschaften

Massengewalt im 20. Jahrhundert

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 576 Seiten, 15,0 x 22,7 cm

ISBN: 978-3-421-04321-4

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: Juni 2011

Die bahnbrechende Studie zur Massengewalt im 20. Jahrhundert

Massengewalt zählt zu den verstörendsten Phänomenen der Gegenwart. Während herkömmliche Erklärungsversuche vor allem die Rolle des Staats und der ideologischen Voraussetzungen untersuchen, fragt Christian Gerlach nach den sozialen Bedingungen der Massentötungen. Anhand von Geschehnissen u.a. in Armenien, Bangladesch, Griechenland und Indonesien untersucht Gerlach die Bedeutung sozioökonomischen Drucks und sozialer Mobilität in betroffenen Gesellschaften. Aus ihnen folgen vielfältige Motive für Gewalt. Begriffe wie »Genozid« oder »ethnische Säuberung« verschleiern in ihrer Eindimensionalität die Unterschiedlichkeit der Gewaltakte, der Täter und Opfer. Mit seiner differenzierten Analyse leistet Christian Gerlach einen wichtigen Beitrag zur zeithistorischen Aufklärung.



[Der Titel im Katalog](#)